



Susanne Kastner, MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel.: 030/227-77332 Fax: 030/227-76267

PRESSEMITTEILUNG

21. Januar 2009

„Parlamentarische Staatssekretärin Roth erteilt Prüfauftrag“

Projektgruppe „Tank und Rast“ im Bundesverkehrsministerium prüft Rastplatzstandorte auf der A 70

Berlin/Hassberge Warum die bayerische Staatsregierung den Standort Staffelbach auf der A 70 prioritär behandelt, ohne die eklatante Versorgungslücke zwischen Bamberg und Bayreuth in Angriff zu nehmen, waren zentrale Punkte des gestrigen Gesprächstermins im Bundesverkehrsministerium. Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner und Landrat Rudolf Handwerker waren sehr zufrieden, dass die Parlamentarische Staatssekretärin Karin Roth einen Prüfauftrag erteilte.

Die Notwendigkeit von weiteren bewirtschafteten Rastplätzen auf der A 70. Diese Frage stand im Mittelpunkt des gestrigen Gesprächs im Bundesverkehrsministerium, welches auf Vermittlung von Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner mit der Staatssekretärin Karin Roth und Landrat Rudolf Handwerker geführt wurde. Über Videokonferenz waren auch die Experten der Task Force „Tank und Rast“ zugeschaltet, die Auskunft erteilen sollten über den Planungsstand. Da die bayerische Staatsregierung es bisher jedoch versäumt hat, entsprechende Pläne beim Bund einzureichen, musste ein Blick auf die Landkarte genügen. „Ein Blick reicht auch, um zu erkennen, dass auf der A 70 zwischen Bamberg und Bayreuth eine eklatante Versorgungslücke besteht.“ so Susanne Kastner. Warum die bayerische Staatsregierung auf einen Ausbau bei Staffelbach zwischen Bamberg und Schweinfurt drängt, konnte hingegen nicht geklärt werden. Dort gibt es bereits zwei Autohöfe, nämlich den Autohof Knetzgau und den Aral Autohof.

„Unstrittig ist, dass es für alle LKW- und Pkw-Fahrer ein flächendeckendes Rastangebot geben muss.“ betonte Karin Roth. Roth erteilte deshalb einen Prüfauftrag an die Task Force, die nächste Woche gemeinsam mit der Autobahndirektion die Notwendigkeit von bewirtschafteten Rastplätzen auf der A 70 klären wird.

Gleichzeitig solle geprüft werden, ob die Erweiterung des vorhandenen Autohofes in Knetzgau im Rahmen einer Kooperation zwischen dem Bund und dem privaten Unternehmen durch Public Private Partnership eine Alternative darstelle. „Wir warten nun das Ergebnis des Prüfauftrages ab.“ so Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner, die gemeinsam mit Landrat Rudolf Handwerker sehr zufrieden über den Verlauf des Gesprächs war.